

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.1 - 60. Jahrgang

16. Januar 2010

Hauen und Stechen

Werbewochen für Parteiendemokratie sind das nicht. Eine in sich völlig zerstrittene Regierungskoalition und eine sich selbst zerfleischende Linkspartei teilten sich in den vergangenen Tagen die Schlagzeilen.

Klar ist inzwischen: Die „Wunschkoalition“ CDU, CSU und FDP verfügt über kein gemeinsames, tragfähiges Konzept. Ein hastig entworfenes Koalitionspapier wird täglich von den streitenden Parteien anders und neu interpretiert, die Kanzlerin vermittelt den Eindruck, sie stehe einer Nicht-Regierungsorganisation vor. Energisch verweigert sie nur das geforderte Machtwort. Die CSU braucht gerade etwas Ablenkung vom bayrischen Bankendesaster und schießt sich auf die FDP ein, die FDP hat sich in eine ausweglose Steuerdebatte manövriert, die Vertriebenenstiftung will die Blockade zwischen CSU und FDP für die eigene Machterweiterung nutzen, aus der CDU wird die Forderung nach mehr Führung laut, aber keiner weiß wohin.

Die Linkspartei nutzt die Gunst der Stunde, um ihr programmatisches Defizit durch ein personelles zu ergänzen. Im Widerstreit zwischen Ost und West, Regierungsfähigkeit und Fundamentalopposition, hat der erkrankte Oskar Lafontaine einen Punktsieg errungen. Nach Indiskretionen darüber, wer welche Indiskretionen verbreitet habe, hat Gregor Gysi den Parteigeschäftsführer öffentlich bloßgestellt. Eine innerparteiliche Westausdehnung auf Kosten des Ostens.

Bei soviel Hickhack verschwindet die Neuköllner CDU auf den hinteren Seiten der Zeitungen. Munter wurde dort monatelang ungeachtet aller Schlichtungsversuche des CDU-Landesvorsitzenden abgewählt und abgesetzt. Vorübergehend herrscht nun erbitterter Burgfrieden. „Wir tragen Verantwortung“, heißt treffend die Rubrik im Internet, in der sich die streitenden CDU-Mandatsträger präsentieren. **U. H. □**

Stadtpolitik:

Zukunftsfragen anpacken

SPD-Fraktion diskutiert die „Solidarische Stadt“

Wenn die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses in der kommenden Woche zu ihrer traditionellen Klausurtagung fährt, wird es vor allem um ein Thema gehen: die „Solidarische Stadt“.

In Eisenach - und damit an traditioneller sozialdemokratischer Wirkungsstätte - widmet sich die SPD-Fraktion weiter den Zukunftsfragen Berlins: Welche Entwicklungstrends sind in den großen Städten insgesamt zu erkennen, was sind die Berliner Besonderheiten? Wie erschließt sich die Stadt die neuen freiwerdenden Stadtfelder in Tempelhof und Tegel? Wie lässt sich das Miteinander im Kiez organisieren? Welche ökologischen und ökonomischen Entwicklungen braucht die „Solidarische Stadt“?

Auseinandersetzen muss sich die Fraktion auch mit den finanziellen Schwierigkeiten, in die die Kommunen durch die Beschlüsse der Bundesregierung geraten. „Der Bund muss für eine angemessene Finanzausstattung der Länder sorgen und darf nicht durch Steuersenkungen den



SPD-Fraktionsvorsitzender Müller: Das Thema „Solidarische Stadt“ steht auf der Tagesordnung.

Staat ruinieren“, so Klaus Wowereit nach der Sitzung des Senats in dieser Woche. Er kündigte zudem an, die Integrationspolitik zu einem Schwerpunkt zu machen. Wowereit: „Integrationspolitik muss den Aufstiegswillen der Menschen fördern, wobei in den Hintergrund tritt, ob die Familien Migrationshintergrund haben oder nicht.“ Ein wichtiges Ziel des Senat bleibe es daher, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, damit mehr neue Arbeitsplätze entstehen. **BS □**

Afghanistan:

„Jetzt die Debatte führen“

SPD diskutiert verantwortliche Abzugsperspektive

Auf einer Konferenz im Willy-Brandt-Haus diskutiert die SPD in der kommenden Woche die Ziele des Afghanistan-Einsatzes. Teilnehmen werden u.a. Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, und Rangin Dadfar Spanta, Außenminister Afghanistans.

Seit Beginn des Einsatzes hat die SPD darauf gedrungen, dass der politische und wirtschaftliche Aufbau im Mittelpunkt des internationalen Engagements stehen muss. Mit dem 10-Punkte-Plan, den Frank-Walter Steinmeier bereits im Spätsommer letzten Jahres vorgelegt hat, hat die SPD konkrete Vorschläge für eine verantwortli-

che Abzugsperspektive formuliert. Im Vorfeld der internationalen Afghanistan-Kon-

IN DIESER AUSGABE:

OLAF SCHOLZ: GRÜNE GRATULATION	S. 2
KUNST ZUM VORZEIGEN	S. 5
HOLGER ROGALLS NEUES BUCH	S. 11
ALS DIE SDP ZUR SPD WURDE	S. 13

ferenz, die Ende Januar in London stattfindet, muss es jetzt nach Ansicht der SPD darum gehen, in Deutschland eine Debatte über unser künftiges Engagement in Afghanistan zu führen. Die schwarz-gelbe Koalition habe sich dieser Debatte bislang entzogen. **PM □** **siehe auch Seite 8**

Gratulation:

„Viele Gemeinsamkeiten“

Olaf Scholz zum 30. Geburtstag der Grünen

Am 13. Januar 1980 wurde in Karlsruhe die Bundespartei „Die Grünen“ gegründet. Zuvor hatte es in den Bundesländern bereits Gründungen von grünen und alternativen Listen gegeben. Sie vereinten Mitglieder früherer kommunistischer Splittergruppen ebenso wie konservative Naturschützer. Entsprechend heftig waren die anfänglichen Auseinandersetzungen um ein gemeinsames Programm. Bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr erreichten die Grünen 1,5 Prozent. Mit einer Feier erinnerten die Grünen jetzt an die Gründung vor 30 Jahren. „Ausdrücklich auch persönlich gern“ hat dort für die SPD der stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende Olaf Scholz den Grünen zum 30jährigen Bestehen gratuliert. Die BERLINER STIMME dokumentiert seinen Glückwunsch.

Als Grüne auf die politische Bühne traten, war ich gerade Mitglied der SPD geworden. Und das Erscheinen einer neuen politischen Formation bewegt einen jungen politischen Menschen dann doch sehr. Unter dem Eindruck der seinerzeitigen Hamburger Bürgerschaftswahlen forderten ich und andere Jusos schon 1982, eine Zusammenarbeit mit der neuen politischen Kraft nicht auszuschließen. Das gab eine Aufregung! Eigentlich waren alle dagegen. Die SPD von links bis rechts. Und natürlich auch die Grünen, die in Hamburg nicht so hießen. Nach meiner Erinnerung meinte der damals prominente Thomas Ebermann, die Jusos seien „fischig“.

Die Zeiten haben sich geändert. Und zu Rot-Grünen Koalitionen ist es gekommen. In den Gemeinden, Städten, Ländern und im Bund. Sie waren und sind nicht immer konfliktfrei - aber sie haben Deutschland lebenswerter gemacht. Und ich bin in heiter-ironischer Erinnerung an die anfänglichen Debatten gern tätig gewesen in Rot-Grünen Koalitionen; als Senator in Hamburg, als Abgeordneter und Generalsekretär im Bund. Ganz im Sinne Willy Brandts haben Rote und Grüne dort wo sie in den vergangenen Jahren zusammen Verantwortung getragen haben, sich bemüht das moderne Deutschland zu schaffen.

Ganz besonders in Fragen der Liberalität. Das moderne Staatsangehörigkeits- und Zuwanderungsrecht, die Lebenspartnerschaft von Homosexuellen, das Antidiskriminierungsrecht waren Fortschritte. Und was wären wir angesichts des dramatischen Klimawandels ohne den Ausbau der



Olaf Scholz ist stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender. Foto: SPD

erneuerbaren Energien. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre haben viele gegen die Atomkraft demonstriert. Und in der Rot-Grünen Koalition wurde der Ausstieg Gesetz. Das war eine richtige Entscheidung! Und wer den Ausstieg wieder rückgängig machen will, muss mit erbittertem Widerstand rechnen!

Zum 30. Geburtstag wünsche ich den Grünen - noch viele weitere Jahrzehnte. Und ich will, quasi als Geschenk, ein paar Selbstverständlichkeiten sagen, die - vielleicht weil sie nicht jedem selbstverständlich sind - ausgesprochen gehören:

1. Die Grünen sind eine eigenständige Partei. Sie sind kein Betriebsunfall der Geschichte. Sie sind nicht Fleisch vom Fleische der SPD. Sie sind nicht die Hilfstuppe der SPD.

2. Und was wir dürfen, dürfen die Grünen auch. Wenn wir gelegentlich ungern mit der Union koalieren, steht es den Grünen genau so frei, gelegentlich ungern mit der Union zu koalieren. Natürlich gilt für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Grüne gleichermaßen, dass sie von solchen Entscheidungen ihre Anhänger überzeugen müssen und gute Gründe brauchen; besonders wenn es Alternativen gibt.

Nachdem das ausgesprochen ist, liegt mir aber auch an Folgendem: Lasst uns denen entgegenreten, die Politik auf Konstellationen reduzieren wollen. Es geht in der Politik um Inhalte und um politische Anliegen.

Und was Inhalte und Anliegen betrifft, haben - bei allen Unterschieden - Rote und Grüne die meisten Überschneidungen. In diesem Sinne wünscht die SPD den Grünen, ein - nachhaltiges, ökologisches - Glück auf!

PM □

POLITIK PERSÖNLICH

Burgunde Grosse, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der Spandauer SPD, ist bei der Wahl am 9. Januar in ihrem Amt bestätigt worden. Die Staakener Abgeordnete wurde auf der Kreisarbeitnehmerkonferenz einstimmig wiedergewählt. Der Bezirksverordnete und AfA-Landesvorsitzende Christian Haß sowie der Bürgerdeputierte Marco Brähler wurden als stellvertretende AfA-Kreisvorsitzende ebenfalls bestätigt. Als Schriftführer wurde Christian Fromm neu in den Spandauer AfA-Vorstand gewählt.

Anja Hertel, Reinickendorfer SPD-Abgeordnete, eröffnet am heutigen Sonnabend zwischen 11 und 14 Uhr ein Wahlkreisbüro in der Lübarser Str. 2. Ehrengäste sind der u.a. der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller. „Es soll ein Treffpunkt nicht nur für Genossen sondern auch für Bürger werden. So wird z.B. meine monatliche



Sprechstunde ab Februar dort stattfinden aber auch regelmäßige Beratungs- und Informationsveranstaltungen sind geplant“, so Anja Hertel. „Denn um Wahlen auch wieder zu gewinnen, müssen wir Antworten finden auf die Fragen, die die Berlinerinnen und Berliner tatsächlich beschäftigen. Dazu müssen wir mit denen, für die wir Politik machen wollen, wieder mehr reden und wieder sehr viel besser zuhören.“

BS □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

S-Bahn:

Die Bahn in Fahrt bringen

Ärger der Fahrgäste wächst - Alternativen zum Monopolanbieter gesucht

In einem erneuten Gespräch mit Bahnchef Grube will Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit erreichen, dass die Bahn ihre Anstrengungen verstärkt, den Normalbetrieb wiederherzustellen. Außerdem müsse die Bahn „eine verbindliche Zusage“ machen, wann das geschehe, sagte Wowereit.

„Die Berlinerinnen und Berliner brauchen keine wissenschaftlichen Abhandlungen, warum das alles so kompliziert ist. Die Leute haben schlicht und ergreifend die Schnauze voll“, fasste Klaus Wowereit die Situation in dieser Woche zusammen. Die aktuelle Entwicklung bei der Berliner S-Bahn verfolge er mit großer Sorge, erklärte er. Die S-Bahn und der gesamte Konzern seien jetzt in einer ernsten Lage. Das Image Berlins, über ein vorbildliches Nahverkehrsangebot zu verfügen, sei zerstört worden. Es müsse das Interesse auch der Bahn sein, diesen Imageschaden aus der Welt zu schaffen. Dabei gehe es nicht nur um Berlin, sagte Wowereit. Die Bahn agiere bundesweit: „Was hier passiert, das kann auch woanders passieren.“

Das Angebot der S-Bahn für die Fahrgäste in Berlin und Brandenburg muss verbessert werden und eine stabile Qualität aufweisen. Dieses Ziel verfolgt auch Verkehrsminister Ingeborg Junge-Reyer. Sie will jetzt die Weichen stellen, um die Monopolstellung der Deutschen Bahn AG zu brechen.

„Ingeborg Junge-Reyer und der rot-rote Senat haben die richtigen Schritte gemacht und den Druck auf die Berliner S-Bahn deutlich erhöht“, so kommentierte der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller die Äußerungen der Verkehrsministerin. „Die Berlinerinnen und Berliner verdienen endlich wieder ein stabiles und qualitativ gutes Nahverkehrsangebot.“ Hier seien die DB AG und der Bund als Eigentümer in der Pflicht.

Die Senatsverwaltung für Verkehr prüft derzeit drei Varianten, um den S-Bahn-Verkehr in der Stadt wieder auf solide Schienen zu setzen. Zum einen die wettbewerbliche Vergabe eines Teils des Netzes für die Zeit nach 2017 - wenn der derzeitige Verkehrsvertrag zwischen dem Land Berlin und der Deutschen Bahn AG ausläuft - an andere Unternehmen. Zum zweiten die direkte Vergabe eines Viertels des S-Bahn-Netzes an die BVG. Als dritte Möglichkeit wird der Erwerb der S-Bahn Berlin GmbH durch das Land Berlin geprüft.

Zusätzlicher Druck könnte mit einer Bundesratsinitiative erzeugt werden: Sie



S-Bahn: Das Angebot bleibt eingeschränkt.

Foto: Horb

soll es dem Bund als Bahneigner ermöglichen, Belange der Bürgerinnen und Bürger beim Bahn-Konzern besser durchsetzen zu können. Ingeborg Junge-Reyer: „Es muss endlich wieder allen Beteiligten klar werden, dass die Arbeit der DB AG dem Allgemeinwohl zu dienen hat.“

Die bisherige Monopolstellung der Bahn hat mit den technischen Besonderheiten des S-Bahnnetzes in Berlin zu tun. Tunnelhöhen, Achslasten und Gleichstrom erfordern „Spezialfahrzeuge“, über die derzeit nur die Deutsche Bahn verfügt. Etwaige neue Betreiber könnten bis 2017 bis zu 190 Viertelzüge beschaffen. Damit kann jedoch nur ein gutes Viertel des Angebots der S-Bahn sichergestellt werden. Die Deutsche Bahn erklärte offiziell bisher, ein Rückzug oder Verkauf der S-Bahn Berlin stehe „für uns nicht zur Debatte.“ Der Bund als Eigentümer der Bahn hat bislang keine Stellung dazu genommen.

JUNGE-REYER: „ARBEIT DER BAHN MUSS GEMEINWOHL DIENEN“

Senatorin Ingeborg Junge-Reyer: „Berlin hat stets eine kritische Haltung gegenüber dem Börsengang der DB AG vertreten. Dass wir uns derzeit so intensiv mit den Möglichkeiten des Wettbewerbs auseinandersetzen, liegt auch daran, dass die Bundes-

länder nur so die Monopolsituation aufbrechen können, um den Bürgerinnen und Bürgern einen guten Nahverkehr zu fairen Konditionen anbieten zu können. Berlin will deshalb, dass der Bund als Eigentümer der DB AG seine eigenen Eingriffsrechte und -pflichten konkreter definiert und wahrnimmt. Es muss endlich wieder allen Beteiligten klar werden, dass die Arbeit der DB AG dem Allgemeinwohl zu dienen hat. Ähnlich dem Schweizer Vorbild streben wir zudem eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Übertragung regionaler Schienenverkehrsnetze auf die Länder an. Dazu wollen wir auch erreichen, dass die Fahrzeuge insbesondere auf Netzen mit speziellen technischen Anforderungen (wie im Fall der Berliner S-Bahn) den Ländern zur Verfügung stehen können.“

BERLIN KÜRZT WEITER DIE ZAHLUNGEN

Wegen der nicht erbrachten Leistungen kürzt das Land Berlin weiter die Zahlungen an die S-Bahn, im Januar voraussichtlich um 5 Millionen Euro. Zugleich forderte die Verkehrsministerin die S-Bahn auf, weitere Vorschläge für die Entschädigung der Fahrgäste vorzulegen. „Die Wut der Fahrgäste ist berechtigt“, so die Senatorin.

WERKSTATTKAPAZITÄTEN BEI DER S-BAHN VERGRÖßERT

Geschäftsführung und Betriebsrat der S-Bahn Berlin haben am 8. Januar ein „Maßnahmenpaket zur Stärkung der betriebsnahen Instandhaltung und Verbesserung des Verkehrsangebots“ vorgestellt. Nachdem in der Vergangenheit Werkstätten geschlossen worden waren, sollen sie jetzt wieder in Betrieb genommen werden.

In der Erklärung der S-Bahn heißt es: „Neben der Bestandsgarantie für die Werkstatt Schöneweide bis 2017 wurde zudem der Standort Erkner ebenfalls für die Instandhaltung reaktiviert. Ab 11. Januar 2010 wird stufenweise die betriebsnahe Instandhaltung im Werk Friedrichsfelde aufgenommen. Schließlich wird im Werk Oranienburg zur Zeit ein 24 Stunden-Betrieb aufgebaut.“ Zudem sollen vorübergehend 160 Mitarbeiter aus anderen Bahnbereichen für die Instandhaltung der S-Bahnzüge eingesetzt werden. Damit hofft man, „die verkehrlichen Beeinträchtigungen schnell zu beenden und den guten Ruf der S-Bahn wieder herzustellen“. Allerdings konnte die S-Bahn ihre früheren Zusagen bislang nicht einhalten.

Gewinne der S-Bahn Berlin GmbH:

2005 8,7 Mio. Euro
2006 34,2 Mio. Euro
2007 34,1 Mio. Euro
2008 56,3 Mio. Euro

Vom Land Berlin einbehaltene Mittel aus Nicht- und Schlechtleistung:

2008 5,0 Mio. Euro
2009 37,0 Mio. Euro

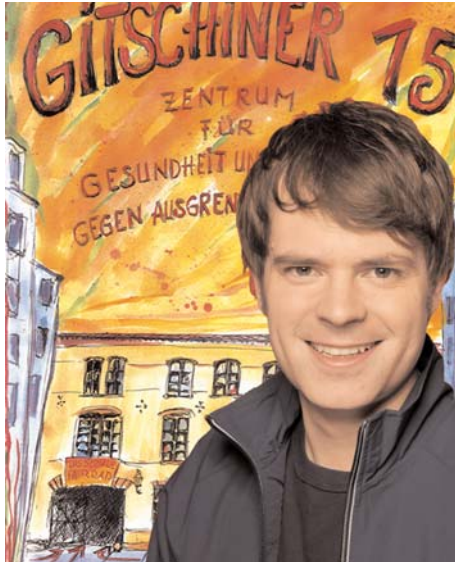
Spendenaufwurf:

Kunst trotz(t) Armut

Björn Böhning: Solidarität mit Obdachlosenprojekt

Das Obdachlosenprojekt Gitschiner 15 in Kreuzberg bietet als „Zentrum für Gesundheit und Kultur - gegen Ausgrenzung und Armut“ eine besondere Heimstätte für Obdachlose. Getragen von der evangelischen Kirchengemeinde der Heilig-Kreuz-Passion dient die Gitschiner Straße 15 in einem alten Fabrikgebäude nicht nur als Tages-Treffpunkt, sondern vor allem als künstlerisches Kleinod, in dem Obdachlose ihrer Kreativität und Fantasie freien Lauf lassen können.

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet das Kunstatelier, in denen Obdachlose Bilder, Postkarten oder Plastiken erstellen und sich künstlerisch entfalten können. Unter dem Motto „Kunst trotz(t) Armut“ hat das Haus eine Wanderausstellung aus Gemälden, Zeichnungen, Keramik und Gedichten konzipiert, die bereits in zahlreichen Bezirken gezeigt wurde. Sie sucht für das Jahr 2010 weitere (kostenfreie) Ausstellungsräume.



Wirbt für Unterstützung: Björn Böhning.

Montage: BS

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes hatte der Kreuzberger SPD-Kandidat

Björn Böhning das Obdachlosenprojekt besucht. Wie viele weitere Projekte ist dieses aber stetig vom finanziellen Aus bedroht. Ohne die Unterstützung der evangelischen Kirche und die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre diese wichtige Sozialinitiative heute schon geschlossen. Gerade in diesem besonders kalten Winter braucht das Obdachlosenprojekt besondere Hilfe.

Im Dezember sagte Böhning seine Unterstützung für ein Patenschaftsprojekt zu: Ein Quadratmeter Kunst für mehr Lebensqualität obdachloser Menschen. Ab 250 Euro jährlich kann ein von den Obdachlosen gezeichnetes oder gemaltes Gemälde für ein Jahr ausgeliehen werden, für 1000 Euro bekommt man ein solches Bild geschenkt. Natürlich ist aber auch jede weitere Spende willkommen.

„Ich würde mich freuen, wenn viele mit-helfen, dass das Obdachlosenprojekt „Gitschiner 15“ als Künstlerhaus am Leben bleibt“, sagte Böhning. **BS** □

➡ www.gitschiner15.de, Spendenkonto beim Kirchlichen Verwaltungsamt, KVA Stadtmitte (HKP), Verwendungszweck: Gitschiner 15, Ev. Darlehensgenossenschaft e.G. Kiel, Kontonummer: 631 741 280, BLZ: 210 602 37

Politische Bildung:

„Die Zukunft der Stadt“

Das Frühjahrsprogramm des August-Bebel-Instituts ist erschienen

Unter dem Titel „Berlin 2010“ wurden vor fünfzehn Jahren Zukunftsentwürfe für die Stadt diskutiert. Erwartet wurde vor allem Wachstum: Wachstum an Bevölkerung und Wirtschaft. Diese Form von Wachstum ist nicht eingetreten. Dennoch entwickelt die Stadt seit der friedlichen Revolution von 1989 und der Maueröffnung vor allem Vielfalt und Kreativität.

Jetzt, 2010, diskutieren wir Berlin als solidarische Stadt und knüpfen wieder an die Wurzeln sozialer Bewegungen in den Metropolen Europas an. Im Mittelpunkt unseres Programms stehen deshalb Fragen der Entwicklung von sozialer und gebauter Stadt, der Partizipation von Bürger/innen an Entscheidungsprozessen und Ideen für die Gestaltung von guten Lebensverhältnissen.

Wir starten unser Programm im Januar mit einem Rückblick auf das Jahr 1990 und in Berlins „neuer“ Mitte. Die alte Macht in Ostberlin war abgetreten und die neue noch nicht etabliert. Diese Interimsphase, „ein kurzes Jahr der Anarchie“, setzte eine euphorische Aufbruchstimmung und chaotischen Schöpfungsdrang frei, deren Spuren auch nach 20 Jahren in der Mitte der



Staatssekretärin Hella Dunger-Löper und Ingo Siebert bei der Ausstellung zur Berliner Stadtentwicklung. Foto: ABI

Stadt zu finden sind. Mit einem Filmabend und einem Stadtrundgang werden wir an diese Zeit erinnern.

In unserer Galerie im Kurt Schumacher Haus beginnen wir das Jahr mit der Ausstellung „Bruno Taut - Meister des farbigen Bauens“ und zeigen dessen Siedlungsbauten in Berlin, mit denen er die Wohn- und Lebensverhältnisse seiner Zeit reformieren wollte. (siehe Seite 16)

In unseren stadtpolitischen Seminaren und Veranstaltungen fragen wir, wie die Zukunftsprojekte der Stadt von ihren Bürger/innen gestaltet werden können beispielsweise in der Schulpolitik, der Stadtentwicklung und der Bewältigung von Konflikten in der Einwanderungsstadt. Dabei beschäftigen wir uns auch mit Volksbegehren und ihrer Rolle als Elemente der Berliner Politik. Nach fast fünf Jahren Erfahrung mit diesem Instrument direktdemokratischer Politik nehmen wir uns Zeit für eine kritische Auswertung.

Aus Anlass der 125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz setzen wir uns mit der alltäglichen Gegenwart der kolonialen Vergangenheit und Spuren der Kolonialzeit im heutigen Berlin auseinander. Das ABI hat seinen Sitz in der Nähe des Afrikanischen Viertels mit kolonialen Straßennamen, um die sich eine breite Kontroverse entwickelt hat. Unsere Projektarbeit zur Städtepartnerschaft mit Istanbul wird auch in diesem Jahr weitergeführt mit Veranstaltungen zur Stadtentwicklung und zur Medienberichterstattung in beiden Städten.

Ingo Siebert □

➡ mehr zum ABI-Programm: www.august-bebel-institut.de

Kunsthalle:

Berlin hat Kunst zum Vorzeigen

SPD-Kulturpolitikerin Brigitte Lange: Lücke im Ausstellungsbetrieb schließen

Berlin ist schon heute einer der wichtigsten Produktionsorte für bildende Kunst. Hier leben mittlerweile mehr als 6000 Bildende Künstlerinnen und Künstler. Es gibt ca. 500 Galerien und erfolgreiche Kunstmesse.

Im Jahre 2006 lag der Gesamtumsatz im kulturellen Bereich bei 17,5 Mrd. Euro, das ist ein Anteil von 21 % an der Berliner Wirtschaft. Zudem sind mit 160.000 Beschäftigten rund 10 % der in Berlin Beschäftigten in der Kulturwirtschaft tätig.

Daran hat der Kunstmarkt einen - insbesondere im Bereich der Gegenwartskunst - seit einigen Jahren stark wachsenden Anteil, das bedeutet: Berlin kann zum wichtigsten Standort des deutschen Kunstmarktes werden.

Aber es fehlt ein Ort, an dem aktuelle zeitgenössische Strömungen der Bildenden Kunst angemessen präsentiert werden können. Darum ist die Kunsthalle wichtig für Berliner und internationale Künstlerinnen und Künstler, die in etablierten Institutionen unterrepräsentiert sind. Einige der in Berlin lebenden Künstlerinnen und Künstler weichen derzeit noch auf andere Städte wie London aus, da sie bisher keine



Brigitte Lange ist kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

geeignete Ausstellungsplattform gefunden haben. Die Kunsthalle kann somit die Lücke im Ausstellungsbetrieb schließen und mit klarer programmatischer Ausrichtung und fundierter Vermittlungsarbeit zu einer international führenden Ausstellungsinstitution werden.

Eine Berliner Kunsthalle wäre eine notwendige Ergänzung zu den Kunstmuseen. Die Kunstmuseen mit ihrem Sammelauftrag haben zwar die Pflicht zeitgenössische Kunst zu präsentieren, sie können aber die Funktion einer Kunsthalle nicht ersetzen. Sie können jedoch von der Ausstrahlung, die eine solche Institution hat, profitieren.

Mit dem Bekenntnis zu einer „mobilen Kunsthalle“ eröffnen wir die Möglichkeit eines Standortes für die zeitgenössische Bildende Kunst und stärken den Metropolencharakter der Stadt. Und natürlich hat eine „mobile Kunsthalle“ die gleichen Aufgaben wie eine „immobiler“, nämlich zeitgenössische Strömungen der Bildenden Kunst zu zeigen, spartenübergreifend zu arbeiten und entsprechende Rahmenprogramme wie Symposien, Kuratorengespräche, Vermittlungsarbeit für Jung und Alt, anzubieten. Darum stellen wir mit dem Haushalt 2010/2011 insgesamt 600.000 Euro für die Entwicklung eines Konzeptes für die Kunsthalle zur Verfügung.

Eine Investition in die zeitgenössische Bildende Kunst kann nicht nur unter Kostenaspekten gesehen werden, sie bringt auch einen Mehrwert für die Stadt. Berlin hat mit der Kunsthalle das Potential, zu einem der weltweit wichtigsten Standorte des Kunstmarktes zu werden.

Brigitte Lange □

Bildung:

Mehr Lehrer und Erzieher

Berlin geht neue Wege bei der Ausbildung

Um den steigenden Bedarf an Lehrern und Erziehern zu decken, geht der Senat neue Wege. Im Erzieherbereich soll Quereinsteigern eine Ausbildung angeboten werden, im Lehrerbereich wird die Zahl der Studienplätze noch einmal erhöht.

Zum 1. Februar 2010 will die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 200 Lehrkräfte unbefristet neu einstellen, überwiegend in Mangelfächern. In einer zusätzlichen Offensive für den Lehrerberuf werden 300 zusätzliche Referendariatsplätze und - in diesem und den drei Folgejahren jeweils - 150 zusätzliche Studienplätze für Lehramtsstudenten/-innen geschaffen, um mehr - und um die besten - Lehrkräfte für Berlin zu gewinnen und an Berlin zu binden. Ab 2010 stehen 2.200 Plätze im Vorbereitungsdiens zur Verfügung, Bildungssenator Jürgen Zöllner: „Diese Referendare sind eine wertvolle Unterstützung für alle Schulen. Sie sind keine Lückenbüßer und setzen auch keine Kollegen frei, die zwischen den Schularten umgesetzt werden sollen. Gut ausgebildete

Referendare sind ein Stück Zukunft für die Schulen unserer Stadt.“

Einen erheblichen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern gibt es durch die ambitionierten Ausbaupläne des Senats in den Kitas und Ganztagschulen. In Zukunft sollen deshalb auch Quereinsteiger - nach entsprechender Weiterbildung - eine Chance bekommen. Bildungssenator Jürgen Zöllner sieht darin keine Notlösung, sondern eine pädagogisch sinnvoll Ergänzung, wenn Leute mit anderen Erfahrungen zum Beispiel auch Handwerker, geholt würden. Die meisten Quereinsteiger werden seiner Einschätzung nach aber aus verwandten sozialen Berufen kommen. Die Notwendige Weiterbildung für den Erzieherberuf wird rund tausend Stunden umfassen und beinhaltet Themen wie musisch-kreative Gestaltung oder Recht und Verwaltung. In diesem Jahr könne der Erzieherbedarf in Berlin noch gedeckt werden, in den kommenden Jahren wird sich aber auch der geplante Ausbau der Betreuung in den anderen Bundesländern auf den Arbeitsmarkt auswirken. **BS □**

Michael Müller:

„Wasserverträge neu verhandeln“

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Michael Müller, hat die Bereitschaft von Veolia-Wasser, über die Wasserverträge Verhandlungen aufzunehmen begrüßt. „Die von Veolia ausgesandten Signale sind erfreulich. Wir erwarten nun von den beteiligten Senatsverwaltungen, dass sie schnell auf dieses Angebot eingehen und Verhandlungen mit den Anteilseignern der Wasserbetriebe aufnehmen“, so Müller.

Über diesen Weg könnten unabhängig von einer Rekommunalisierung Verbesserungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher durchgesetzt werden. Müller: „Wir wollen, dass der Preisanstieg beim Wasser gebremst wird. Das ist für den Wirtschaftsstandort, aber auch für die Mieterinnen und Mieter sowie Hausbesitzer wichtig. Dafür sollten alle Mittel ausgeschöpft werden. Perspektivisch kann das die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe sein, der jetzt naheliegende Hebel ist aber die Neuverhandlung der Verträge.“

Müller wies darauf hin, dass es auch im Sinne der beteiligten Unternehmen sein müsse, gemeinsam mit dem Land zu einem für beide Seiten akzeptablen Vertrag zu kommen. **PM □**

Respekt im Umgang

Christian Hanke: Gelebt wird Integration in der Kommune

Nichts ist umstrittener in Deutschland als die Frage, welcher Weg zu einer gelungenen Integrationspolitik führt. Jenseits der ideologischen Positionen zwischen der Forderung nach Assimilierung und dem romantischen Multikulti liegt die Strategie für kommunale Entscheidungsträger in pragmatischen, aber auch experimentellen Schritten auf der Basis von Vertrauensvorschuss, um das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft zu gestalten und stetig zu verbessern.

Natürlich werden die Rahmenbedingungen von der Bundes- und der Landesebene entscheidend mitgestaltet: Denken wir an das Aufenthaltsrecht, die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft sowie die meinungsbestimmenden Diskurse in den Medien. Aber gelebt wird Integration in den Kommunen. Dabei kommt dem Bürgermeister eine zentrale Rolle zu: Geht er auf die migrantischen Communities zu oder grenzt er sich ab. Fördert er Kontakte zwischen deutschen „Ureinwohnern“ und Zugewanderten und nimmt deren Ängste, Sorgen und Vorurteile dialogisch auf oder bedient er gängige Klischees und befördert so das gegenseitige Fremdsein. Bezieht er klar Stellung gegen jede Art extremistischer und radikaler Einstellungen oder verstärkt er undifferenzierte Gruppenbezeichnungen wie „die Muslime“, „die Polen“, „die Anderen“. Der Bürgermeister und kommunale Repräsentanten tragen wesentliche Verantwortung dafür, ob die Kommune sich als offene Gesellschaft begreift, die gleichberechtigte Teilhabe - denn dies ist Integration - zum

Wohle aller ermöglicht oder ob Abgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus befördert werden.

Wir können empirisch sehr gut beschreiben, welche Probleme wir in der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland haben. Migrantische Schüler machen schlechtere Schulabschlüsse, migrantische Akademiker haben schlechtere Berufschancen - dies ist die Bandbreite. Wenn man Probleme als Aufgaben sieht, die zu bewältigen sind, werden die Antworten allerdings immer rarer und Ängste nehmen zu.

Deutschland ist schon längst ein anderes Land, als viele glauben. Goethe, das Grundgesetz, die Aufklärung, die christlichen Kirchen und die „preußischen Tugenden“ werden immer dazu gehören, aber eben auch der Islam, orientalische Dichter, osteuropäische Musik, italienische und französische Lebensart oder asiatischer Fleiß und Bildungshunger. Deutsche Identität ist nicht verloren gegangen, sie verändert sich, ohne dass wir dafür schon die treffenden Begriffe haben. Ein Leitbegriff ist aber kulturelle Öffnung, in der Verwaltung, in der Gesellschaft, in den Medien, in der Politik. Es geht nicht darum, dass alle examinierte Kulturwissenschaftler werden, sondern um Respekt und gleiche Augenhöhe und das Bemühen um Verständnis. Es geht um Wertschätzung - und die ist noch Mangelware.

Die kommunalen Entscheidungsträger müssen sich kümmern. Sie müssen vor Ort und gesprächsbereit sein. Sie müssen mit denen reden, die dialogbereit und dialogfähig sind. Dabei gibt es auch Rückschläge und Scheitern. Für Politik kein einfaches Un-

terfangen, denn hier muss man immer Erfolg haben. Dieses Risiko muss aber eingegangen werden. Es gibt keine einfachen Antworten, aber vielleicht ist für eine stabile demokratische Gesellschaft einfach nur mehr Gelassenheit vonnöten.

Politik hat die Aufgabe, zusammenzuführen und Benachteiligungen auszugleichen. Dies wird jetzt im Bezirk Mitte mit einem innovativen Tandemprojekt zur Elternbildung zwischen einer traditionellen Moschee und der AWO versucht. Es sollen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden und gleichzeitig soll das Selbsthilfepotential der Familien wie auch der Moschee gehoben werden. Die Partner begegnen sich auf Augenhöhe und die Moschee wird in ihrem Bestreben unterstützt, Verantwortung für die Stadtgesellschaft jenseits rein religiöser Fragen zu übernehmen - möglicherweise am Anfang einer islamischen Sozialethik. Ziel ist gleichberechtigte Teilhabe.

Während die AWO ein erfahrener und professioneller Akteur auf dem Gebiet der Elternbildungsarbeit ist, fungiert die Haci Bayram Moschee e.V. als neuer Akteur, der mit der Zielgruppe schon seit längerem vertraut ist und über wertvolles Erfahrungswissen verfügt, aber in der sozialen Arbeit unerfahren ist. Diese Konstellation stellt die beiden Partner vor besondere Herausforderungen. Mit diesem Tandemprojekt beschreitet die Politik einen pragmatischen, experimentellen Weg und geht möglicherweise ein Risiko ein. Wichtig ist, dass wir uns den Herausforderungen stellen, Lösungen ausloten. So werden Chancen eröffnet, innovative Wege zu gehen, aber auch Fehler zu erkennen und daraus zu lernen. Dies wäre unzweifelhaft ein Integrationsfortschritt jenseits aller Ideologien, aber zum Vorteil der Kommune. **Dr. Christian Hanke** □

Pflicht zum Kitabesuch - geht das überhaupt?

Die SPD hat sie auf ihrem Landesparteitag beschlossen, der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky hat sie öffentlich gefordert: Was ist dran an der Idee, den Besuch der Kindertagesstätte zur Pflicht zu machen?

Bildungspolitisch ist es natürlich sinnvoll, dass alle Kinder schon in der Kita ihre Fähigkeiten entwickeln, besser sprechen lernen und im Umgang mit anderen Kindern sicherer werden. In den Stadtteilen, in denen viele Kinder aufwachsen, die zuhause nicht deutsch sprechen, ist der Kita-Besuch sehr oft eine entscheidende Voraussetzung, dass diese Kinder in der Schule später mithalten können. Es liegt also im Interesse der Kinder, sie zum Kita-Besuch nicht nur einzuladen, sondern zu verpflichten.

Aber: Eine solche Pflicht wäre ein tiefer Eingriff in das Recht der Eltern, selbst über

die Erziehung ihrer kleinen Kinder zu entscheiden. Kritiker des Vorschlags betonen deshalb, dass es sogar gegen das Grundgesetz verstoße, eine Kitapflicht einzuführen.

Diese Einwände sind wichtig und auch nicht falsch. Aber sie bauen keine unüberwindlichen Hürden auf. Denn statt eine Kitapflicht einzuführen, dürfte es rechtlich sehr wohl möglich sein, die Schulpflicht auf zum Beispiel das vollendete dritte Lebensjahr vorzuziehen. Die bisherigen Kitas müssten dann zu einer knapp dreijährigen Vorschule weiter entwickelt werden. Und um Eltern entgegen zu kommen, die ihr Vorschulkind gerne zuhause erziehen wollen, könnten Kinder mit einem normalen oder überdurchschnittlichen Entwicklungsstand auf Wunsch der Eltern von der Schulpflicht befreit werden. Eine entsprechende Regelung kann das Land Berlin

im Einklang mit Bundesrecht einführen.

Die Frage der frühen Pflicht zur Wahrnehmung der Bildungsangebote ist also vor allem eine politische, keine rechtliche. Denn auf die Grundsatzentscheidung für eine Vorschulpflicht folgen schwierige Fragen bei der Umsetzung: Welche Ausbildung muss ein Vorschullehrer haben? Welche Bildungsziele sollen erreicht werden und mit welcher Ausstattung? Und schließlich: Was kostet das alles und woher nimmt Berlin das nötige Geld? Denn anders als gebührenfrei ist die Umsetzung einer Vorschulpflicht sicherlich nicht denkbar. Ich bin dafür, in die Diskussion über diese Fragen jetzt einzusteigen. Denn gerade für viele Kinder in Neukölln wird die Einführung einer Vorschulpflicht eine wichtige Hilfe auf ihrem Lebensweg sein.

Fritz Felgentreu □

Ihr Wunsch: Besuch von der SPD

SPD Südstern ehrte Hildegard Schneller

Solch ein Jubiläum können nur wenige vorweisen. Seit 80 Jahren ist die Kreuzbergerin Hildegard Schneller Sozialdemokratin. Am 15. Dezember wurde sie dafür von der 45. Abteilung, der SPD Südstern, im Nachbarschaftshaus in der Urbanstraße mit weiteren langjährigen Mitgliedern geehrt. Der ehemalige Parteivorsitzende Franz Müntefering heftete ihr die Ehrenbroche ans Revers.

Zum runden Parteijubiläum seiner Großmutter war sogar Hildegard Schnellers Enkel Uwe Raab mit seinem Sohn Maximilian aus dem bayerischen Pegnitz angereist. „Unsere Familie ist mit vier Generationen in der SPD“, erzählte er, „meine Oma Hildegard, meine Mutter und ihr Lebensgefährte, meine Kinder Maximilian und Julia und ich.“ Ganz selbstverständlich sei seine Großmutter nach Pegnitz gereist als Raab 2006 zum Kandidaten für die Bürgermeisterwahl nominiert wurde. Da war Hildegard Schneller bereits 91.

Höhen und Tiefen hat die 1915 Geborene einige erlebt. Trotzdem fiel ihr auf die Frage, welches für sie das schönste Erlebnis in der SPD gewesen sei, sofort ein: „Das waren die 50er Jahre, denn da hatte die SPD noch die absolute Mehrheit in Berlin.“ Dass es für Mehrheiten weiter zu kämpfen lohnt, machte auch Franz Müntefering in einem Exkurs durch die Geschichte der Sozialdemokratie deutlich und appellierte an die Mitglieder: „Bleibt ganz lange dabei!“



Zu den Gratulanten gehörte der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering. Foto: Doering

Dass sie das vorhaben, daran ließen alle Geehrten keinen Zweifel. Gerhard Seifert erhielt eine Nadel für 50-jährige Parteimitgliedschaft, Hannelore und Helmut Borchardt für 40 und Marc Drögemöller, Nicole Groß, Martin Jungmann, Arap Ulutürk, Zlatan Sambol für zehn Jahre.

Und dass man auch nach 80 Jahren noch nicht zum alten Parteieisen gehören muss, bewies Hildegard Schneller schließlich auch. Mit einem Verbesserungsvorschlag wandte sie sich an die Abteilungsvorsitzende Martina Hartleib: Sie fände es schön, wenn einmal im Jahr jemand von der SPD sie besuchen würde. Und Hartleib versprach sofort: „Diesen guten Vorschlag nehmen wir gerne an.“ **Kai Doering** □

FRAKTION INTERN

Neujahrsempfang. Rund 250 Gäste sind am 9. Januar zum Neujahrsempfang der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses in die Kalkscheune in Mitte gekommen. Die Fraktion hatte Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und dem sozialen Leben Berlins eingeladen. Landes- und Fraktionschef Michael Müller begrüßte die Gäste in dem denkmalgeschützten Fabrikgebäude. Viele nutzten die Gelegenheit, um auch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, den SPD-Senatoren und den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen. Michael Müller hatte zuvor in seiner Begrüßungsrede betont, dass große Vorhaben wie die Schulstrukturenreform nur gemeinsam und mit breiter Unterstützung z.B. der Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Eltern erfolgreich umgesetzt werden können. Neben der Bildungspolitik und der Sicherung von Arbeitsplätzen und Investitionen stehen 2010 die Themen Mietpolitik, Klimaschutz und Rekommunalisierung von ehemals landeseigenen Unternehmen auf der Fraktionsagenda. „Wir wollen als Partei des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft die stärkste Kraft in der Stadt sein. Und das tun wir, in dem wir die richtigen Schwerpunkte setzen“, sagte Müller. Vom 22. bis 24. Januar fährt die SPD-Fraktion zu ihrer traditionellen Klausurtagung, die in diesem Jahr in Eisenach stattfindet. Dort werden die Abgeordneten über den politischen Fahrplan bis zur nächsten Abgeordnetenhauswahl diskutieren.

Die SPD-Fraktion stellt sich vor. Die Broschüre „Fraktion Konkret“ liegt jetzt in aktualisierter Form vor. Darin werden Ansprechpartner, Zuständigkeiten und Entscheidungswege klar und verständlich dargestellt. Die Broschüre ermöglicht zudem einen Einblick in den Fraktionsalltag und den „Full-Time-Job im Teilzeitparlament“. Alle 54 Abgeordneten werden mit Kurzprofilen vorgestellt. Die Broschüre ist bei der Pressestelle der SPD-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin-Mitte, Tel. 23 25 22 40, E-Mail spd.pressestelle@spd.parlament-berlin.de erhältlich. Sie kann auch im Internet unter www.spdfraktion-berlin.de als PDF heruntergeladen werden.

Handbuch Kulturförderung. Die SPD-Fraktion hat ein Handbuch Kulturförderung erstellt. „Damit wollen wir einen Überblick über die Förderprogrammlandschaft für Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffende geben“, sagt die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Brigitte Lange. Aufgelistet worden sind Förderprogramme öffentlicher Träger, die für die Arbeit möglichst vieler Kreativer in Frage kommen. **cs** □

NOTIZEN AUS DER BERLINER SPD

Menschenkette in Dresden. Die Berliner SPD prüft derzeit, ob sie eine Busfahrt zur Teilnahme an der Menschenkette am 13. Februar in Dresden anbietet. Jedes Jahr aufs neue missbrauchen rechtsextreme Gruppen den Jahrestag der Zerstörung Dresdens als Aufmarschtag. „Erinnern und Handeln“ - unter diesem Motto sollen die Dresdnerinnen und Dresdner am 13. Februar um 13:00 Uhr zum Rathaus kommen und gemeinsam die Dresdner Innenstadt vor dem rechtsextremen Aufmarsch schützen. Ausgehend von dem Denkmal der Trümmerfrau wird die Menschenkette nach zwei Seiten gebildet - in Richtung Norden zur Synagoge und in Richtung Westen zum Altmarkt hin. Wer an der Fahrt nach Dresden teilnehmen möchte, kann sich im Internet unter www.spd-berlin.de/dresden2010 anmelden. Der Unkostenbeitrag wird voraussichtlich 10 Euro betragen. Nähere Informationen werden per Mail zugesandt.

Parteiordnungsverfahren läuft weiter. Das Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin geht in die nächste Instanz. Die Antragsteller - der Kreis Spandau und die Abteilung Alt-Pankow - haben Berufung gegen einen Beschluss der Kreisschiedskommission Charlottenburg-Wilmersdorf eingelegt, die Sarrazins Äußerungen im Magazin „lettre international“ als nicht parteischädigend eingestuft hatte. In zentralen Passagen seien die Aussagen „eindeutig als rassistisch zu betrachten“, stellt Gideon Botsch vom Moses-Mendelssohn-Zentrum der Universität Potsdam in einem 21seitigen Gutachten fest, das der Kreis Spandau und die SPD Alt-Pankow in Auftrag gegeben hatten. Der Sprecherrat der Berliner SPD-Linken unterstützte die Berufung: „Die Äußerungen von Herrn Dr. Sarrazin müssen parteirechtliche Konsequenzen haben, wenn die SPD Berlin in ihrem Kampf gegen Rechtsextremismus glaubwürdig bleiben will.“ □

Swen Schulz:

Das Vertrauen schwindet

Für Klarheit über den Kurs in Afghanistan

Afghanistan ist ein Dauerthema. Weil die Probleme nicht kleiner, sondern eher größer werden. Allen ist klar: ein „weiter so“ kann es nicht geben. Nötig ist eine Vorgehensweise die es erlaubt, in den nächsten zwei oder drei Jahren mit dem Abzug der Bundeswehr zu beginnen. So, dass die afghanischen Kräfte selbst für Sicherheit und Stabilität sorgen.

Die Frage ist, mit welcher Strategie das erreicht werden kann. US-Präsident Obama hat seine Antwort gegeben: deutlicher Truppenaufwuchs bei gleichzeitiger Ankündigung eines baldigen Abzugsbeginns. Bis dahin soll der massierte Einsatz die Sicherheitslage entscheidend verbessern.

Vieles spricht dafür, dass sich die Bundesregierung an dieser Strategie aktiv beteiligen will. Sie traut sich derzeit aber noch nicht, das offen auszusprechen, sondern ergeht sich in Andeutungen und versteckt sich ansonsten hinter der Afghanistan-Konferenz von London in diesem Januar. Ich glaube, dass Merkel, Westerwelle und zu Guttenberg dort einem deutlich stärkeren militärischen Engagement Deutschland zustimmen werden. Dabei ist doch offenkundig das Hauptproblem, dass wir beim Aufbau von Militär, Polizei und Rechtswesen Afghanistans sowie bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht in erforderlichem Maße vorankommen.

EINE MILITÄRISCHE LÖSUNG GIBT ES NICHT

Aber hilft mehr Militär tatsächlich? Es ist keine neue Erkenntnis, dass es eine militärische Lösung der Probleme nicht gibt. Lediglich als Hilfsmittel und für eine Übergangszeit ist Militär notwendig.

Doch das Vertrauen schwindet. Mit voranschreitender Zeit und größeren Problemen. Zusätzlich wirft der von einem Bundeswehr-Oberst befohlene Luftangriff auf Tanklaster und Menschen in der Nähe von Kunduz tatsächlich viele Fragen auf: Was macht die Bundeswehr auf eigene Faust? Oder hat die Bundesregierung tatsächlich einen Strategiewechsel veranlasst? Wie stark ist die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung und der Bundeswehr? Das rührt an ein Fundament unserer Verfassung: der „Parlamentsarmee“! Und wohin führt uns der Einsatz dort noch?

Der Umgang des Verteidigungsministers zu Guttenberg mit dem Thema verringert mein Vertrauen zusätzlich. Mal redet er so,



Swen Schulz ist Spandauer Bundestagsabgeordneter.

mal wieder anders, Leute werden aus fragwürdigen Gründen gefeuert, es wird über Krieg und ein neues Verständnis der Bundeswehr schwadroniert, durch die Talkshows getingelt... dabei ist doch gerade das Verteidigungsministerium keine Bühne für eine Personality-Show!

KRITISCHE FRAGEN UNTERBUNDEN

Empörend ist zu Guttenbergs Umgang mit Kritikern. In der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag wollte er tatsächlich kritische Fragen unterbinden indem er sie als Angriff auf die Soldatinnen und Soldaten uminterpretierte. Tenor: Während die Soldaten im Felde bluten kritisiere die Opposition die Bundeswehr. Das ist ein zutiefst undemokratisches Verhalten. Wer kritisiert ist Nestbeschmutzer... oder soll man gleich sagen: vaterlandsloser Geselle?

Dabei sind es doch die Bundesregierung und die Verheimlichung von Vorgängen, die der Bundeswehr schaden - und es ist die Aufgabe der Opposition in Verantwortung auch und gerade für die Soldatinnen und Soldaten die Wahrheit herauszufinden und gegebenenfalls politische Konsequenzen zu fordern!

Ich erwarte von dem Untersuchungsausschuss Aufklärung. Und darauf basierend verlässliche Ansagen wie solche Vorfälle künftig verhindert werden. Welche Strategie wir dort haben. Wie in den nächsten Jahren Ziele zum Aufbau Afghanistans erreicht werden, damit mit dem Abzug der Bundeswehr begonnen werden kann. Ansonsten werde ich keiner Verlängerung des Afghanistan-Mandates mehr zustimmen.

Swen Schulz □

„Offen und transparent beraten“

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel haben sich Ende Dezember in einem offenen Brief an die Bundeswehrangehörigen in Afghanistan gewandt. Die Berliner Stimme dokumentiert Auszüge.

Sie, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, leisten unter schwierigsten Bedingungen fernab der Heimat einen wichtigen, oft genug lebensgefährlichen Dienst. Dafür danken wir Ihnen! In diesen Dank schließen wir selbstverständlich auch alle zivilen Aufbauhelfer der unterschiedlichen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen mit ein. Wir werden vor allem diejenigen nicht vergessen, die ihr Leben in dem von uns mit beschlossenen Einsatz und im Rahmen ihrer Aufbauarbeit in Afghanistan verloren haben.

Für uns steht fest, dass die Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan zeitlich begrenzt sein muss. Das haben Ihnen die Bundesregierung und der deutsche Bundestag auch stets versprochen. Deshalb haben wir Sozialdemokraten bereits im Sommer einen Plan entwickelt, der den schrittweisen Abzug der internationalen ISAF-Truppen zum Ziel hat. Dafür müssen allerdings zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Zum einen müssen die afghanischen Verantwortlichen in der Regierung ihre international gemachten Zusagen erfüllen. Zum anderen müssen wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern die Afghanen stärker dazu befähigen, ihre sicherheitspolitische Verantwortung künftig selber wahrzunehmen. Dazu gehört der Plan zum weiteren Aufbau der afghanischen Armee und der Polizeikräfte ebenso wie die Verbesserung von Ausbildungskapazitäten.

Wir Sozialdemokraten werden darauf drängen, dass die dafür notwendigen politischen Entscheidungen in Deutschland offen und transparent beraten werden, um sie in die Londoner Afghanistankonferenz Ende Januar 2010 einbringen zu können. Wir sind überzeugt davon, dass auch Sie, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Anspruch auf eine klare und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage haben, um Ihren Auftrag zu erfüllen. □

Europapolitik:

Neue Brücken nach Europa

Bericht vom Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) in Prag

„Wir werden die Menschen zurückgewinnen für unsere Parteien, indem wir eine neue Brücke zwischen dem Nationalstaat und Europa bauen“, fasst der mit 99,6 % der Delegiertenstimmen als Präsident der SPE wiedergewählte Poul Nyrup Rasmussen nach zwei Tagen Debatten das ambitionierte Vorhaben der Parteifamilie für die nächsten fünf Jahre zusammen.

RICHTUNGSBESTIMMUNG FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE

Nach der Schlappe bei den Europawahlen im Juni 2009 stand der erste Kongress der SPE in einem der neuen EU-Mitgliedsländer unter dem Titel „A new Direction for progressive Societies“. Nötig war eine Selbstvergewisserung, ob die programmatische und strategische Richtung noch stimmt, was schief gelaufen ist bei den Wahlen und wie die sozialdemokratische Europapolitik besser transportiert werden könnte. Über 300 Delegierte der 33 Mitgliedsparteien und noch einmal so viele Abgesandte aus europäischen Mitgliedsorganisationen trafen sich am 7. und 8. Dezember in Prag, um die Zukunft des sozialdemokratischen Europas zu erhellen.

Mit einer „deutschen Brille“ betrachtet, eine sehr andere Zusammenkunft als die hierzulande stattfindenden Bundes- und Landesparteitage. Schon die Sprachbarrieren sorgen für Konfusion und zeitverzöger-



SPE-Aktivisten aus Berlin in Prag: Gabriel Richard-Molard (SPE-Aktivist Berlin), Daniela Schacht (stellv. Landesvors. Jusos Berlin), Björn Hacker (Berliner Delegierter und stellv. Vorsitzender des Fachausschusses EU-Angelegenheiten der SPD Berlin), Viola Weyer (SPE-Aktivistin Berlin).

te Reaktionen beim Warten auf die Übersetzung der Redebeiträge in fünf Sprachen. Die Organisation des Kongresses wies große Ähnlichkeiten mit einer Talkshow auf: Moderatoren führten durch die in plüschigen Sesselrunden geführten Diskussionsblöcke, dazwischen wurden kurze Videosequenzen eingespielt und von der Vielzahl an Delegierten konnten nur wenige das Wort ergreifen. Ein Parteitagspräsidium oder eine Antragskommission waren dagegen nicht vorhanden.

BERLINER SPD SETZT ÄNDERUNGEN DURCH

Der Berliner Fachausschuss für EU-Angelegenheiten hatte daher bereits weit im Vorfeld des Kongresstermins zusammen mit dem Delegierten der Berliner SPD, Björn Hacker, Änderungswünsche an die Entwürfe der in Prag vom Präsidium der SPE vorgelegten Resolutionen formuliert. Diese fanden die Unterstützung der übrigen 27 deutschen sowie einzelner Delegier-

Die SPE-Beschlüsse von Prag

Resolutionen beschreiben Ursachen der Wahlniederlage und politische Konsequenzen

Europas Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machten in Prag ein weiteres Mal deutlich, welche Politik es nur mit ihnen geben wird und in welchen Punkten sie sich erheblich von den Konservativen und Liberalen unterscheiden. Zwei Resolutionen wurden hierzu verabschiedet.

Zum einen werden darin die thematischen Prioritäten der nächsten Jahre benannt. Die wichtigsten Forderungen:

- ein gerechteres Wachstumsmodell, das sich zu einer Gleichgewichtigkeit von Wirtschaftswachstum, sozialer Sicherheit und ökologischer Verantwortung auf der europäischen Ebene bekennt;
- eine umfassende Reform der Fi-



nanzmärkte bis hin zu einer Finanztransaktionssteuer;

- den entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel;

- die Verwirklichung eines sozialen Europas, einschließlich ei-

nes europäischen Sozialpaktes und einer Stärkung der Arbeitnehmerrechte;

- die Beendigung von Geschlechterungerechtigkeiten;

- die Gestaltung der Globalisierung im Sinne einer neuen, gerechteren Weltordnung.

Zum anderen werden die Gründe für die Wahlniederlage im Juni 2009 analysiert und Vorschläge zur institutionellen Stärkung der SPE gemacht, etwa durch:

- eine stärkere Zusammenarbeit der einzelnen Parteiführer;
- die bewusstere Öffnung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, Akteuren und Organisationen;
- die gezieltere Integration des nächsten SPE-Wahlmanifests in die Europawahlprogramme der Mitgliedsparteien;
- die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten.

➡ Berichte, Reden und Videos vom Kongress auf der Homepage der SPE: <http://www.pes.org>

Fortsetzung von Seite 9

ter aus anderen Ländern - insbesondere aus Frankreich (siehe Interview mit Frédéric Engelmann auf dieser Seite) - und konnten so vor Beschlussfassung weitgehend in die Resolutionen eingearbeitet werden.

Zu den von Berliner Seite angemahnten Änderungen gehören die Betonung der sozialen und ökologischen Dimension der EU, die Konkretisierung einer Finanztransaktionssteuer sowie Vorschläge zur organisatorischen Stärkung der SPE durch einen Ausbau der gemeinsamen Programmatik (vgl. Berliner Stimme vom 5.12.2009, S. 10).

EIN EUROPÄISCHES GRUNDSATZPROGRAMM?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele Fragen aufgeworfen, die nach originär sozialdemokratischen Antworten verlangen und deren Herausforderungen allein durch transnationale Politiken begegnet werden kann. Dennoch, merkten viele Redner auf dem Kongress etwas ratlos an, wird diese Erkenntnis bislang nicht von einer Mehrheit der Wählerinnen und Wähler geteilt - weder auf der europäischen Ebene noch innerhalb der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Trotz nicht geringer Differenzen innerhalb der Parteifamilie, verständigten sich die Mitgliedsparteien der SPE letztlich auf zwei Resolutionen mit inhaltlich substantiellen Positionen (siehe Kasten auf Seite 10). Um das Profil der SPE zu stärken, sei aber auch eine verbesserte Kampagnenfähigkeit in den (national ausgefochtenen) Europawahlkämpfen notwendig.

Dass man sich im Vorfeld der Europawahl 2009 nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten habe einigen können, war sicherlich nicht förderlich für die Sichtbarkeit der SPE und die Vermittlung ihres politischen Programms. In Prag geloben nun alle Besserung und der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, warnt zu Recht davor, dass die Bekenntnisse zur Stärkung der SPE sich auch in konkreten Politiken abbilden müssten: Ein Grundsatzprogramm sollte erarbeitet und eine Verständigung auf zwei bis vier in allen Mitgliedsparteien parallel zu bearbeitende Europathemen erreicht werden.

SPE-AKTIVISTEN GEWINNEN AN BEDEUTUNG

Das europäische Zusammenwachsen der Sozialdemokratie zeigte sich auf dem Kongress in der Präsenz der „SPE Activists“. Jedes Mitglied einer der SPE angehörigen Partei ist automatisch auch direktes Mitglied der SPE, kann sich jedoch zusätzlich bei der SPE anmelden, um die Idee der eu-

ropäischen Parteimitgliedschaft zu stärken. Die SPE-Aktivisten haben sich intensiv auf den Prager Kongress vorbereitet und tauschen sich bis zur nächsten Zusammenkunft in zweieinhalb Jahren quer über die europäischen Staaten zur Umsetzung der getroffenen Beschlüsse aus.

Vor ein paar Jahren von Rasmussen als Informations- und Kommunikationsidee lanciert, entwickeln sich die Aktivisten-

gruppen in vielen Ländern so zu einem Zentrum des parteiinternen europapolitischen Diskurses. In Prag wurden sie nun auch formal in das Statut der SPE integriert.

Es scheint, als entwickle sich hier am ehesten die von Rasmussen angesprochene Brücke zwischen Nationalstaaten und Europa.

bh □

PS Paris:

Auf dem Weg zur gemeinsamen Partei

Frédéric Engelmann im Interview

Berliner Sozialdemokraten und Pariser Sozialisten verbindet seit einigen Jahren eine Partnerschaft, die auch auf europäischer Ebene zu einer engeren Abstimmung führt. Im Interview erläutert Frédéric Engelmann, Mitglied der Commission Europe der PS Paris und SPE-Aktivist, seine Eindrücke vom SPE-Kongress in Prag.

BS: Mit welchen politischen Forderungen an die SPE sind die Genossinnen und Genossen aus Paris nach Prag gereist?

Frédéric Engelmann: Die wichtigste Forderung ist, Konsequenzen aus unseren europaweit gescheiterten Europawahlen zu ziehen: Man kann keine Wahl ohne gemeinsamen Kandidaten gewinnen. Unsere zweitwichtigste Forderung ist, dass die SPE sich zu einer echten paneuropäischen Partei entwickelt. Die dritte zentrale Forderung ist, dass die partizipativ angelegte Entwicklung eines gemeinsamen Wahlprogramms, wie sie mit dem Manifesto zum ersten Mal angewandt wurde, beibehalten wird.

BS: Was nehmt Ihr als Ergebnisse und Erfahrungen Eures Besuchs auf dem Kongress mit nach Hause?

Frédéric Engelmann: Unser Eindruck ist, dass dieser Kongress eine von den Medien und vielen Politikern nur am Rande wahrgenommene Zusammenkunft war. Außerdem haben namhafte Persönlichkeiten aus der SPE-Familie gefehlt. Dennoch hat dieser Kongress durch die Umsetzung unserer Forderungen einen wichtigen Meilenstein für die SPE und für eine Politisierung Europas gelegt.

BS: Welche Rolle spielen in Frankreich die SPE-Aktivisten innerhalb der Parti Socialiste?

Frédéric Engelmann: Die PS-Mitglieder stellen die zahlenmäßig größte Aktivistengruppe in Europa. Viele Genossinnen und



Frédéric Engelmann, Mitglied der Commission Europe der PS Paris

Foto: Hacker

Genossen organisieren sich selbst in „City-Groups“ zu einfachen Mitgliedergruppen. Eine Ausnahme bildet der Pariser Verband der PS, der die SPE-Aktivisten eingegliedert hat und sie finanziell und organisatorisch unterstützt, etwa zur Teilnahme an den SPE-Kongressen oder für Besuche in Brüssel bei unseren Pariser Europa-Abgeordneten.

BS: Dein Wunsch für den nächsten SPE-Kongress in zwei Jahren?

Frédéric Engelmann: In Prag wurde vereinbart, eine echte europaweite Partei aufzubauen mit dem Versprechen, bei den Europawahlen 2014 mit einem gemeinsamen Programm und einem durch die SPE designierten Präsidentschaftskandidaten für die EU-Kommission anzutreten. In zwei Jahren müssen unsere SPE-Strukturen soweit aufgebaut sein, dass der nächste Kongress zum ersten Kongress unserer gemeinsamen Partei wird!

Interview: Björn Hacker □

Umwelt:

Zäsur im ökonomischen Denken

Holger Rogall: Mit nachhaltigem Wirtschaften aus den Krisen

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Prof. Dr. Holger Rogall haben die Einführung einer Nachhaltigen Ökonomie gefordert, um die globalen Krisen zu überwinden. Zur Jahreswende stellten sie ein neues Buch Rogalls sowie ein Netzwerk von Wissenschaftlern vor.

Auf dem 3. Nachhaltigkeitsforum der Gesellschaft für Nachhaltigkeit (GfN), der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) sowie Berlin 21 e.V. präsentierte Holger Rogall sein neues Buch „Nachhaltige Ökonomie“ erstmals der Öffentlichkeit. Abgerundet wurde die Veranstaltung „Zäsur des ökonomischen Denkens“ durch eine Podiumsdiskussion und einen Vortrag vom bekannten Umweltwissenschaftler und Träger des Bundesverdienstkreuzes Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Er hält eine Nachhaltige Ökonomie als Grundlage für eine konsequente Politik der Einführung umweltökonomischer Instrumente und einer konsequenten Effizienzsteigerung bei allen Produkten und Produktionsweisen für dringend geboten.

ZÄSUR DES ÖKONOMISCHEN DENKENS

Die Referenten waren sich einig, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise alle anderen globalen Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu überlagern drohe. Diese Herausforderungen, wie die Klimaerwärmung, Übernutzung der natürlichen Ressourcen, Armutskrise usw. warten aber nicht bis die Wirtschaft wieder boomt. Deshalb müsse gerade jetzt mit dem nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft begonnen werden. Das fordere aber nicht weniger als eine Zäsur im ökonomischen Denken, das bislang vom gescheiterten Wirtschaftsliberalismus gekennzeichnet sei, so die beiden Wissenschaftler.

Für diese Zäsur erläutert das Buch von Holger Rogall die Grundlagen. Es bietet eine systematische und allgemeinverständliche Einführung in die Nachhaltige Ökonomie, die sich als ökonomische Theorie der Nachhaltigen Entwicklung unter Berücksichtigung der transdisziplinären Grundlagen versteht.

Es stellt eine Zusammenfassung und konsequente Weiterentwicklung der früheren Werke des Autors dar und vermittelt den Lesern das notwendige Wissen um die ökonomischen, politischen, rechtlichen und technischen Grundlagen dieser neuen ökonomischen Schule verstehen zu können. Das geschieht in einer didaktisch auf-



Ernst Ulrich v. Weizsäcker und Holger Rogall bei der Buchpräsentation in Berlin.

Foto: privat

bereiteten Form, die auch dem interessierten Bürger und Politiker einen leichten Zugang ermöglicht. Von der heutigen Diskussion um eine Nachhaltige Entwicklung ausgehend wird die traditionelle Ökonomie und die notwendigen Reformen an ihr erörtert.

DIE KONSEQUENZEN SIND BEKANNT

Hier erfährt der Leser z.B. warum die Menschen weiter ihre natürlichen Lebensgrundlagen zerstören obgleich sie über ausreichende Informationen über die dramatischen Konsequenzen ihres Verhaltens verfügen. Dem werden zehn Kernaussagen der Nachhaltigen Ökonomie gegenübergestellt.

Hier wird deutlich, dass die Marktwirtschaft einen sozial-ökologischen Ordnungsrahmen erhalten muss um zukunftsfähig werden zu können. Weiterhin werden die persönliche Ebene und die ethischen Grundlagen einer Nachhaltigen Entwicklung dargestellt und die politischen Hemmnisse analysiert. Der erste Teil des Buches wird durch die Erläuterung und Bewertung der notwendigen politisch-rechtlichen Instrumente wie Nutzungspflichten, Ökologisierung des Finanzsystems und Naturnutzungsrechte abgerundet.

STRATEGIEFELDER

Im zweiten Teil des Buches werden ausgewählte Strategiefelder einer Nachhalti-

gen Ökonomie am Beispiel einer Nachhaltigen Wirtschafts-, Energie-, Mobilitäts- und Produktgestaltungspolitik untersucht und zukunftsfähige Lösungen vorgestellt. Hier zeigt der Autor die enormen Chancen die ein sozial-ökologischer Umbau der Industriegesellschaft für die Beschäftigung und Wirtschaft mit sich bringt.

DIE HERAUSFORDERUNGEN SIND GRÖßER

So arbeiten schon heute über 1,8 Millionen Menschen im Umweltschutzsektor - hiervon allein 280.000 im Bereich der erneuerbaren Energien - der damit zu einer der größten Arbeitgeber Deutschlands geworden ist. Er zeigt aber auch, dass die Herausforderungen des Umbaus weitgehender sind als es viele Politiker und Konsumenten wahr haben wollen.

So zeigen die Ergebnisse der Klimaforschung das es heute nicht mehr nur um eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80% bis 2050 geht, sondern um den vollständigen Ausstieg aus dem „fossilen Energiezeitalter“ und einer Neuentwicklung (fast) aller Produkte nach den Managementregeln der Nachhaltigkeit. Damit leistet das Buch einen Beitrag für die Erläuterung der Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten einer Nachhaltigen Ökonomie und zeigt, wie dieser Begriff politikfähig gemacht werden kann.

NETZWERK „NACHHALTIGE ÖKONOMIE“ GEGRÜNDET

Parallel zur Erstellung des Buchmanuskripts hat Professor Rogall das Netzwerk „Nachhaltige Ökonomie“ gegründet, das mit 120 Mitgliedern, davon 60 Professoren und Wissenschaftlern, die Inhalte der Nachhaltigen Ökonomie der Öffentlichkeit näher bringt. Das Netzwerk hat vor kurzem seinen 1. internationalen Workshop veranstaltet, auf dem eine Kurz- und Langfassung ihrer Kernaussagen beschlossen wurde. Die Diskussion über die Ausweitung der Kernaussagen wird fortgesetzt und die Ergebnisse auf der Homepage des Netzwerks veröffentlicht.

I.M./L.R. □

➡ Weitere Informationen: www.nachhaltig-oekonomie.de, <http://www.holgerrogall.de/aktuelles.htm> und per Mail unter info@gfn-online.de

➡ Holger Rogall: Nachhaltige Ökonomie: Ökonomische Theorie und Praxis einer nachhaltigen Entwicklung, 1. Auflage, 591 S., Metropolis Verlag, Marburg, 34,95 Euro

Standortbestimmung:

Mit dem Zweifel sieht man besser

Andrea Nahles über das, was ihr wichtig ist: „Frau gläubig links“

Ein Buch über Zukunftskonzepte der SPD hatte sie schreiben wollen und damit im Frühjahr 2009 begonnen. Nun muss sie sie umsetzen. Seit November vergangenen Jahres ist Andrea Nahles Generalsekretärin der SPD. Ihr Buch, das sie Anfang Dezember unter dem Titel „Frau gläubig links“ vorstellte, war da schon fast fertig.

Vielleicht sollte das Buch zu viele Funktionen auf einmal erfüllen. Mit persönlichen Schilderungen will es dem Bild der machtorientierten Politikerin entgegenwirken, das Medien von ihr vor allem nach ihrer ersten gescheiterten Kandidatur als Generalsekretärin entwarfen, die mit dem Rücktritt Franz Münteferings endete. Es wirbt mit Berichten aus Schulbesuchen, Eindrücken von Bürgersprechstunden oder Begegnungen im Jerusalemer Willy-Brandt-Zentrum für Einfühlungsvermögen in andere Positionen, für Empathie. Es beschreibt eine Andrea Nahles zwischen Großstadt und dörflicher Heimat. Und es zeigt eine bekennende Christin, die aus ihrem Glauben Kraft schöpft und gemeinsame Werte von Christentum und Sozialdemokratie interpretiert.

Neben persönlichen Momenten reißt Andrea Nahles Themen an, die sie für die



Andrea Nahles: „Frau, gläubig, links“ Was mir wichtig ist, Pattloch-Verlag, 240 S., broschiert, ISBN 978-3629022394, EUR 16,95.

Debatte in der SPD für wesentlich hält. Es ist die Frage, wie eine soziale Marktwirtschaft der Zukunft aussehen kann, wie Menschen wieder ein Gefühl von Sicherheit gegeben werden, wie Frauen Gelegenheit gegeben werden kann, die unterschiedlichen Lebensabschnitte mit Beruf, Kindern und Familie zu gestalten.

Und schließlich gibt das Buch auch unter

dem Eindruck des Wahlergebnisses vom September 2009 lesenswerte Antworten auf die Frage, wie ein derartiger Vertrauensverlust entstehen konnte. Da wird das Buch aber keine „Abrechnung“, sondern eine in aller Knappheit doch differenzierte Beschreibung, wenn etwa in der Agendapolitik sinnvolle politische Absichten und technokratische Verfolgung der Ziele unterschieden werden.

Entschieden setzt sich die gläubige Christin in der Politik für den Zweifel ein. Nachdenken über das eigene Handeln, auch das Eingestehen eigener Fehler empfindet sie als Stärke, Willy Brandt führt sie dabei als ihr Vorbild an. Aus dieser Sicht ergibt sich für sie auch die Ablehnung des „TINA“-Prinzips („there ist no alternative“) - der oft bemühten angeblichen Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen.

Konsequent wirbt sie für ein Menschenbild, das von Freiheit geprägt ist - von Freiheit vor konservativer Beeinflussung der Massen ebenso wie vor pseudo-linker Bevormundung des Einzelnen. Nah will sie den Menschen sein - und sie mit ihren Anliegen ernst nehmen. Was allerdings für Parteien auch den Abschied von politischen Sprachformeln bedeuten muss.

Ulrich Horb □

Retter und Bewahrer der Quellen

Ein Buch über fast vergessene Archivare, Bibliothekare und Sammler der Arbeiterbewegung

In enger Kooperation zwischen dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin entstand eine größere Publikation zu einer bislang weitgehend vernachlässigten Thematik: dem Engagement von Archivaren, Bibliothekaren und Sammlern bei der Rettung, Erschließung und Aufbewahrung von Quellen der Arbeiterbewegung. Autoren der Publikation sind kompetente HistorikerInnen, ArchivarInnen und BibliothekarInnen sowohl aus den alten wie auch aus den neuen Bundesländern, ein Beispiel produktiver wissenschaftlicher ost-westdeutscher Zusammenarbeit.

In 56 biographischen Porträts werden Persönlichkeiten mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen vorgestellt, die sich um die Überlieferung der Arbeiterbewegung im deutschsprachigen Raum besondere Verdienste erworben haben. Was sie verband, war ihr leidenschaftliches, ver-

antwortungsvolles und sachkundiges Wirken „für das in Akten, Nachlässen und Publikationen verkörperte Erbe der Arbeiterbewegung“, wie in dem instruktiven Vorwort von Dagmar Goldbeck und Sabine Kneib - beide leisteten auch die umfangreiche wissenschaftsorganisatorische und redaktionelle Arbeit - zu Recht betont wird.

Die Mehrzahl der berücksichtigten Personen waren Sozialdemokraten wie z. B. Friedrich Wolfgang (Fritz) Adler, Eduard Bernstein, Kuno Bludau, Werner Blumenberg, Klaus Hirche, Paul Kampfmeyer, Kurt Klotzbach, Julius Motteler, Johannes Sassenbach, Max Stein und Manfred Turlach. Überzeugend wird beschrieben, wie vehement sie und die anderen Parteien zugehörigen Archivare und Bibliothekare, Gründer, Leiter oder Mitarbeiter von Archiven sich für den Erhalt wertvoller gedruckter und ungedruckter Quellen eingesetzt haben. Nicht wenige haben dies unter gefährlichen Umständen, in Perioden der Diskriminierung, des Verbots und der Verfolgung der Arbeiterbewegung getan. Indem sie das bedrohte Schriftgut vor der Vernich-

tung retteten, trugen sie maßgeblich dazu bei, das geistige und kulturelle Erbe der Arbeiterbewegung zu bewahren und zu erhalten, auch im europäischen Rahmen.

Die Biographie-Sammlung verdeutlicht ebenfalls die oftmals wechselvolle Geschichte einzelner von den Protagonisten zusammengetragener Sammlungen und Bestände und der betreffenden Archive und Bibliotheken. Damit leistet dieses Buch einen wertvollen Beitrag, die Erinnerung an die Persönlichkeiten wachzuhalten, die das Fundament für die Archive und Bibliotheken der Arbeiterbewegung gelegt haben bzw. den Ausbau betrieben haben. Das Buch enthält ein Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und Fotos der meisten Biographierten. Es kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung kostenlos bezogen werden.

OL □

➡ Günter Benser und Michael Schneider (Hrsg.): „Bewahren - Verbreiten - Aufklären“, Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg 2009, 376 S.

Friedliche Revolution:

Selbstbewusst und eigenständig

Manfred Becker über den ersten DDR-weiten Kongress der SDP im Januar 1990

Vom 12. bis 14. Januar 1990 tagte die „Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ in der Kongresshalle am Alexanderplatz. Es war der erste DDR-weite Kongress der jungen DDR-Sozialdemokratie. In dem Vierteljahr zuvor hatten sich Basisgruppen, Orts-, Kreis- und Bezirksverbände gebildet, unter schwierigsten, heute kaum vorstellbaren Bedingungen: Es gab keine funktionierenden organisationserleichternden Kommunikationsmittel. Es fehlte an privaten Telefonen (in der DDR ein Privileg), Papier, Kopier- und Drucktechnik, eigenen Versammlungsräumen. Dem in Schwante am 7. Oktober 1989 gewählten Vorstand gelang es kaum, zu den Kreisen ständig Kontakt zu halten. Keiner der Sozialdemokraten war Berufspolitiker, alle gingen ihren Berufen nach. Politikwissenschaft hatte keiner studiert. Parteiaufbau war Freizeitdaueraufgabe. Am ehesten Zeit hatten tagsüber Leute im Dienste der evangelischen Kirche, weil deren Vorgesetzte beide Augen zudrückten.

Für die Organisatoren der Delegiertenkonferenz hatte sich das Quartierproblem gestellt. Hotels gab es nur wenige in Ostberlin, und die waren nicht billig. Für den allergrößten Notfall standen Übernachtungsmöglichkeiten bei der Berliner Diakonie bereit. Aber so weit kam es nicht: Ein Hilferuf in der „Berliner Zeitung“ erbrachte innerhalb weniger Stunden mehr als genug private Quartiere!

Nun waren 505 Delegierte versammelt, zum ersten Mal in so großer Zahl und aus allen Landesteilen. Berichtsdrang und Redebedarf waren kaum zu bremsen, nur mühsam zu ordnen. Da war es nicht ganz verkehrt, dass als Korsettstangen der Versammlungsleitung zwei erfahrene Präsidenten evangelischer Synoden fungierten, Reinhard Höppner und Manfred Becker. Allein schon die Debatte um Tagesordnung, Zeitplan und Geschäftsordnung zu Beginn war äußerst lebhaft.

Die Diskussion über den Bericht des Vorstands offenbarte die Mühseligkeit des Parteiaufbaus der vergangenen Monate. Beklagt wurde die mangelnde Anleitung und Unterstützung durch den Vorstand. Man vermisse Orientierung und rasches Reagieren des Vorstands auf die sich jagenden Ereignisse. Dankbar wurde jetzt ausführlichen Referaten über sozialdemokratische Traditionen und Perspektiven und über sozialdemokratische Programmatik gelauscht. Die Schilderung unserer Einbet-



Manfred Becker leitete 1990 gemeinsam mit Reinhard Höppner die erste DDR-weite Versammlung der SDP. Fotos: BS-Archiv

tung in die internationale, europäische und deutsche Tradition der Sozialdemokratie beruhigte und stärkte. In der Darstellung der großen Programmlinien erfuhren wir Vergewisserung und Orientierung. Dazu kamen die Grußansprachen von Vertretern befreundeter sozialdemokratischer Parteien. Und dann die ausführlichen Grußworte eines Johannes Rau, Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr, Walter Momper!

In ihnen wurde natürlich auch das Verhältnis von Ost-SDP und West-SPD zueinander - behutsam - angesprochen, wohl wissend, dass sich in der Teilnahme der Ost-Sozialdemokraten an der Selbstbefreiung des DDR-Volkes ein gewisses Selbstbewusstsein und Eigenständigkeitsgefühl herausgebildet hatte. Stephan Hilsberg, damals 1. Sprecher der SDP formulierte es so: „Gute Berater tun uns gut, sie sind wichtig für uns, aber dieses ist unser Land, dieses ist unsere Situation, es ist unsere Politik, die wir hier machen für die Menschen unseres Landes.“

Dieses Selbstbewusstsein spiegelte sich damals insbesondere in den sehr emotionalen Debatten über den Namen der jungen Partei und über die Frage der deutschen Einheit. Ergebnis der ziemlich konfuse Diskussion um den Parteinamen war, dass die Ost-Sozialdemokratie sich zunächst die Bezeichnung „SPD“ als Abkürzung gab. Der Beschluss wurde mit überwältigender Mehrheit gefasst, bei nur 24 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen. Was aber sollte mit „SPD“ abgekürzt sein? „Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der DDR“? In einer längeren Beratung während einer Verhandlungspause fanden Vorstand und Versammlungsleitung als einleuchtenden Ausweg: Mit dem Beschluss zu „SPD“ habe die Delegiertenver-

sammlung das Statut geändert, dessen erster Satz nunmehr laute: „Die Partei führt den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Der Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.“ Dieser Interpretation stimmte die Versammlung erleichtert bei 2 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen zu.

Die Delegiertenversammlung stand bereits ganz im Zeichen der bevorstehenden Volkskammerwahlen. Deshalb nahm die Diskussion über die Wahlaussagen der Partei breitesten Raum ein. Noch gab es die SED/PDS-geführte Modrow-Übergangsregierung. Einig waren wir uns schnell: Hauptwahlziel konnte nichts anderes als die Entmachtung dieser Partei sein. Von deren Herrschaft hatte sich das DDR-Volk ja inzwischen weitgehend befreit, aber halb saß sie noch an den Schalthebeln. Deshalb hieß es: „Keine Koalition mit der SED/PDS!“ Und dazu: „...sowie rechts- und linksextreme Gruppierungen!“ Und weiter: „Demokraten wie wir wissen zu unterscheiden. Wir unterscheiden zwischen der SED und einzelnen SED-Mitgliedern...und wissen, es gab viele Gründe in die Partei zu gehen...auch ehrenwerte und verzeihliche...Und außerdem glauben wir, dass es nicht nur Wendehälse gibt, sondern auch Menschen, die sich wirklich ändern.“ Wie aber sich gegenüber den anderen Parteien verhalten? Etwas unscharf formulierte man: „Wir unterscheiden zwischen der SED und den Blockparteien...Auch sie, das müssen wir anerkennen, sind von der SED entmündigt und gedemütigt worden.“

Gute Worte nach langer Debatte schließlich zur Einheitsfrage: „Wir bekennen uns zur deutschen Einheit, wir streben einen deutschen Bundesstaat an, in dem Mecklenburg und Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg(!) und Thüringen gleichberechtigte Länder sind und ihre Interessen in das gemeinsame Staatswesen voll einbringen können...Wir wollen keinen deutschen Sonderweg, sondern den deutschen Einigungsprozess als Teil und Motor des europäischen.“

Liest man die Protokollbroschüre dieser Delegiertenversammlung, so lächelt man einerseits über die Kinderschuhe, in denen unsere Ost-SPD ihren aufrechten Gang damals einübte. Andererseits ist man doch beeindruckt von dem Ernst, der Leidenschaft und letztlich auch von den Ergebnissen dieses Kongresses, der der erste große Meilenstein in der kurzen, aber unvergesslichen Geschichte der DDR-Sozialdemokratie war.

Manfred Becker □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- SPD Reinickendorf, **Einweihung des Wahlkreisbüros von Anja Hertel**, MdA, mit Klaus Wowerit und Michael Müller, Sonnabend, 16. Januar, 11.00 bis 14.00 Uhr, Lübarser Str. 2, 13435 Berlin
- SPD Mitte - AG Migration, „**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Einwanderungsstadt Berlin - Problemlagen, Herausforderungen und Gegenstrategien**“ mit Carl Chung - Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Montag, 18. Januar, 19 Uhr, Vereinslokal der Ererler - Die Weisen e.V., Amsterdamer Straße 8, 13347 Berlin
- SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Seenplatte, **Bilanz der Agenda 2010**, mit Ottmar Schreiner, MdB und Prof. Dr. Günther Schmid, emeritierter Professor für politische Ökonomie an der FU Berlin, Dienstag, 19. Januar, 19.30 Uhr, Wannseehof, Kronprinzessinnenweg 252, 14109 Berlin
- AfA Mitte, **KreisarbeitnehmerInnenkonferenz mit Wahlen**, Dienstag, 19. Januar, 17.30 Uhr, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstr.163, 13353 Berlin
- AFB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in der integrierten Sekundarschule**. Ref.: Wolfgang Dutka, Leiter der schulpysch. Beratungsstelle Charlottenburg-Wilmersdorf, Mittwoch, 20. Januar, 18.00 bis 19.30 Uhr, SPD Bürgerbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin
- AGS **Entwicklungsperspektiven sozialdemokratischer Mittelstandspolitik**, mit Harald Christ, Mittwoch, 20. Januar, 19.30 Uhr,

- Kurt-Schumacher-Haus, Erika Hess - Saal, 1. Etage, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
- SPD Reinickendorf - Abt. Lübars Waidmannslust, Wittenau, **Privatisierung und GSW**, Mittwoch, 20. Januar, 19.30 Uhr, Mehrzweckraum Grundschule Rollbergen, Waldshuter Zeile 6, 13469 Berlin
- SPD Parteivorstand und Bundestagsfraktion, **Afghanistan-Konferenz der SPD**, Freitag, 22. Januar, 10 bis 15 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin, Anmelden bis 18. Jan.: <https://anmeldung.spd.de/v/10138> Teilnahmebestätigung und gültiger Personalausweis sind für den Einlass erforderlich.
- Kulturforum Stadt Berlin und August-Bebel-Institut, **Bruno Taut - Ausstellungseröffnung zum 125. Geburtstag**, Samstag, 23. Januar, 18.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
- SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Friedenau, **Der Teufel steckt im Detail? - Umsetzung der Schulstrukturreform 2010/2011 in Berlin(er Bezirken)** mit Fachpolitikern aus mehreren Bezirken, Dienstag, 26. Januar, 19.30 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Stierstr. 20a, 12159 Berlin
- SPD Pankow - Abt. Kollwitzplatz, **Wohlstandinseln und Armutsviertel - hängt Berlin die sozial Schwachen ab?** Die Rundfunkjournalistin Lisa Steger spricht mit dem Stadtsoziologen Professor Hartmut Häußermann, Dienstag, 26. Januar, 19.30 Uhr, Aula der GLS-Sprachschule, Kastanienallee 82, 10435 Berlin
- Selbst Aktiv - Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, **Gesetz über Selbstbestimmung und Teilhabe in betreuten gemeinschaftlichen Wohnformen**, (DS 16/2705 - unter: www.parlament-berlin.de) - Wie beurteilen wir die Senatsvorlage? Referent: Reinald

- Purmann, Paritätischer Wohlfahrtsverband. Mittwoch, 27. Januar, 16.30 Uhr, AWO Landesverband, Blücherstr. 62, 10961 Berlin
- Fachausschuss Internationales / Peter Treichel, MdA, **Wie können Frieden, Menschenrechte und Demokratie im Iran gesichert werden?** D. Mehran Barati, Vorsitzender des Ausschusses für Int. Beziehungen der United Republicans für Iran, Prof. Dr. Hajo Funke, Lehrstuhl für Politik und Kultur am Otto-Suhr-Institut der FU; Ruth Jüttner, Referentin für den Nahen und Mittleren Osten von Amnesty International; Dr. Rolf Mützenich, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Mittwoch, 27. Januar 2010, um 19.00 Uhr (!), Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 3, 10117 Berlin
- Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie / Frank Jahnke, MdA, **Konkrete Arbeitsplanung in Umsetzung der Jahresplanung**, Mittwoch, 27. Januar, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 161, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- Projektgruppe Grundeinkommen Tempelhof Schöneberg, **Ausarbeitung eines Diskussionspapiers bedingungsloses Grundeinkommen**, Donnerstag, 28. Januar, 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt Günter Schwarz, gue.schwarz@web.de
- SPD Arbeitskreis Pflege und Gesundheit / AWO, **Erste Erfahrungen mit den Pflegestützpunkten in Spandau**, mit Stephan Grossmann, Leiter des Pflegestützpunkts in Spandau, Donnerstag, 28. Januar, 19.00 Uhr, SPD-Kreisbüro, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin

S PRECHSTUNDEN

- **DR. EVA HÖGL**, Wahlkreisbüro, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder eva.hoegl@wk.bundestag.de. Nächster Termin: 19. Januar 2010, von 17.30 bis 19.00 Uhr
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin., Bitte telefonisch anmelden unter Tel. 313 88 82 oder petra.merkel@wk.bundestag.de
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin. Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Trauer um Erwin Wegener

Am 9.11.2009, dem 20. Jahrestag des Mauerfalls, ist Erwin Wegener nach langer und schwerer Krankheit verstorben.

Sein Leben war geprägt von dem unverbrüchlichen Bekenntnis zur Sozialdemokratie. In der Weimarer Zeit geboren wurde Erwin in frühester Kindheit Mitglied bei den Roten Falken. Nach dem Kriegsende konnte er dann im Mai 1945 auch in die SPD eintreten. Bis 1961 war er ein aktives Mitglied und erlebte in Berlin die Repressalien der damaligen SED-Machthaber gegen die Mitglieder der SPD in Ostberlin.

Auch wenn zwischen 1961 und 1990 die Arbeit der SPD ruhte, verlor Erwin nie den Kontakt zu seiner SPD im Westteil der Stadt. 1990, nach der SDP-Gründung, brachte er sich wieder aktiv in die Parteiarbeit ein. In seiner Funktion als Kassierer in dem SPD-Ortsverein Berlin Blankenfelde beteiligte er sich am Wiederaufbau der

Sozialdemokratie vor Ort - und das mit einigem Erfolg: Im Mai 1990 erzielte der kleine Ortsverein bei der ersten und letzten freien Volkskammerwahl im örtlichen Wahllokal sensationelle 92 % der Wählerstimmen.

In den vergangenen Jahren nahm Erwin trotz seiner Krankheit weiterhin regen Anteil an der „großen“ SPD-Politik. Oft zeigte er sich dabei unzufrieden mit „denen da oben“. Stets mahnte er: „Ihr müsst mehr für die kleinen Leute machen.“ Umso bedauerlicher ist, dass er den Aufbruch seiner SPD beim letzten Bundesparteitag in Dresden nicht mehr miterleben konnte. □



Erwin Wegener.

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Einladung ins Konzert:

Ein politisches Oratorium

Berliner Singakademie führt am 5. März Paul Dessaus „Deutsches Miserere“ auf

Aus Anlass des 65. Jahrestages der Beendigung des 2. Weltkriegs in diesem Jahr führt die Berliner Singakademie am 5. März mit dem Konzerthausorchester Berlin das „Deutsche Miserere“ auf, ein selten gespieltes Werk von Paul Dessau. Berliner Stimme, vorwärts-Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin laden zu einem gemeinsamen Besuch des Konzerts ein.

Die Texte zu Dessaus „Deutschem Miserere“ stammen aus der „Kriegsfibel“ von Bertolt Brecht - für musikalisch und politisch Interessierte sicherlich ein spannender Konzertabend. Dessau und Brecht lernten sich 1943 im amerikanischen Exil kennen, in das die Nationalsozialisten beide getrieben haben. Noch in dieser Zeit entstand die Idee, die Tragödie Deutschlands musikalisch in einer Art Oratorium darzustellen. Die Texte Brechts entstanden zum Teil bereits Anfang der 30er Jahre. Der Musikwissenschaftler Peter Petersen verweist



Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Foto: Horb

in diesem Zusammenhang darauf, dass „der Gedanke, dass das deutsche Volk nicht erst 1945, sondern schon 1933 gefallen war, das ganze Werk durchzieht.“

Das Werk selbst entstand 1947, wurde aber erst 1966 in Leipzig uraufgeführt. In der alten Bundesrepublik dauerte es bis

1989, ehe es zum 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen am 1. September 1989 in Hamburg aufgeführt wurde.

Wie immer, findet eine Stunde vor dem Konzert, also um 19 Uhr, eine Konzerteinführung statt, die Prof. Dr. Frank Schneider, der ehemalige Intendant des Konzerthauses vornehmen wird. Anmeldungen für den Konzertbesuch können wir bis zum 3. Februar entgegennehmen. Wir bieten die ersten drei Preiskategorien zu einem um 15% ermäßigten Preis an. Die ermäßigten Preise betragen: in der Preisgruppe I 21,25 Euro, in der Preisgruppe II 17,00 Euro und in der Preisgruppe III 13,60 Euro. **BS** □

➡ Konzert der Berliner Singakademie am 5. März 2010, 20.00 Uhr, Einführungsveranstaltung um 19.00 Uhr. Wir bitten um Anmeldungen bis zum 3. Februar unter berliner.stimme@spd.de oder im Internet unter www.spd-berlin.de/singakademie. Nach der Anmeldung übersenden wir Ihnen weitere Informationen.

Der Meister des farbigen Bauens

Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zeigt Ausstellung zu Bruno Tauts Berliner Siedlungen

Bruno Taut ist einer der bedeutendsten Architekten der Moderne. Er gehört zu den frühen Mitgliedern des 1907 gegründeten Deutschen Werkbunds. Aus Anlass seines 125. Geburtstages widmete der Berliner Werkbund dem Baumeister im Jahr 2005 eine Ausstellung. Sie wurde inzwischen in vielen Metropolen der Welt gezeigt. Vom 23. Januar an ist sie in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zu sehen.

Bruno Taut war Architekt, Stadtplaner, Designer, Humanist, Sozialreformer und vor allem Künstler. Intellekt und Gefühl spiegeln sich in seinen Siedlungsbauten der 20er Jahre in Berlin und verleihen ih-

nen einen einzigartigen Charakter. Er wollte die Wohn- und Lebensverhältnisse seiner Zeit reformieren. Die Qualität seiner Architektur liegt nicht zuletzt in ihrer expressiven Farbigkeit - einem Markenzeichen seines Werkes. Die UNESCO hat sechs denkmalgeschützte Berliner Siedlungen Tauts im Juli 2008 in die Liste des Welterbes aufgenommen. Dazu gehört auch die 1924 bis 1930 gebaute Schillerpark-Siedlung im Wedding.

Das Kulturforum Stadt Berlin und das August-Bebel-Institut zeigen die Ausstellung des Werkbunds in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus. In ihr werden erstmals Tauts Berliner Wohnanlagen und Sied-

lungsbauten systematisch dargestellt. Der Berliner Architekt Winfried Brenne hat grundlegende Beiträge zu Wiedergewinnung und Erhalt dieses Erbes geleistet. Seine Ausstellung zeigt auch die jetzigen Sanierungsmaßnahmen und die Verfahren im Denkmalschutz. Bruno Taut lebte von 1936 bis zu seinem frühen Tod 1938 im türkischen Exil. Viele Gebäude des Architekten sind noch heute in türkischen Städten zu sehen. Sein Grab in Istanbul wurde zur Pilgerstätte. Taut wird bis heute in seinem Exilland verehrt. **Winfried Sühlo** □

➡ Die Eröffnung ist am 23. Januar um 18 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin